

Joachim Becker

Die Visegrád-4 und die EU Zwischen Abhängigkeit und partieller Dissidenz

„Visegrad-Staaten bekräftigen Gegnerschaft zu EU-‘Imperium‘“ – titelt die *Deutsche Welle* (2018). Überschriften wie diese drücken eine veränderte Sichtweise auf die vier Staaten der Visegrád-Gruppe – Polen, Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn – aus. Sie werden als Herausforderer einer auf Vertiefung ausgerichteten europäischen Integration wahrgenommen, vor allem wegen ihrer Ablehnung von Verteilungsquoten für Flüchtlinge. Und der Begriff des Imperiums lässt erkennen, dass Infragestellungen in der Peripherie verortet werden.

Das Narrativ einer Visegrád-Gegnerschaft zu zentralen Pfeilern des EU-Integrationsprozesses ist überzogen. Ihre Berechtigung hat jedoch die Diagnose, dass sich in den Visegrád-Ländern die Positionierungen zum europäischen Integrationsprozess seit der großen Krise seit 2008 verändert haben. Dabei stellt sie die Frage, wie weit die Herausforderungen von integrationspolitischen Positionen der EU-Kernländergruppe um Deutschland durch die Visegrád-Länder gehen und inwieweit sie sich überhaupt einheitlich positionieren.

Der asymmetrische Charakter der EU-Integration ist in den zentral-osteuropäischen Ländern seit der großen Krise zu einem politischen Thema geworden. Wenn der ungarische Premierminister Viktor Orbán bei einem Gipfeltreffen der Visegrád-Gruppe Anfang 2018 den Begriff eines „Imperium“ auf die EU-münzt, so bringt er hierbei eine Machtasymmetrie zum Ausdruck und bedient sich des Vokabulars eines rechten Antiiperialismus. Die große Krise, die auch die Bruchlinien in der EU offener hat zu Tage treten lassen, hat anscheinend Spielräume zur Infragestellung der bisherigen Integrationspolitik für zentral-osteuropäische EU-Staaten geschaffen. Und wie der frühere tschechische Premierminister und EU-Kommissar, Vladimír Špidla (2018: 9), hervorhebt, „hat sie den Glauben an die europäische Integration erschüttert. Es zeigte sich nämlich, dass Europa nicht eine automatische Gewährleistung von Prosperität ist.“ Mithin ist es zu einer Entzauberung der EU in breiteren Bevölkerungskreisen gekommen. Vor diesem Hintergrund sind sich verändernde Positionen zum EU-Integrationsprojekt zu sehen.

Gleichzeitig setzen die asymmetrischen Muster der ökonomischen Integration den politischen Infragestellungen durch periphere Staaten Grenzen. Der Entwicklung der ökonomischen Beziehungen zwischen den Visegrád-Ländern

und den Zentrumsstaaten – wie auch im Vergleich dazu den ökonomischen Verbindungen zwischen den Visegrád-Staaten – ist der erste Teil des Beitrags gewidmet. Den mit der Westintegration verbundenen politischen Dynamiken, den Verschiebungen in den dominanten Machtblöcken, den Veränderungen der Staatlichkeit sowie den Entwicklungsstrategien spüren die folgenden Abschnitte nach. Hierbei wird deutlich, dass die große Krise zu skeptischeren Sichtweisen auf ein durch Auslandsinvestitionen getriebenes Entwicklungsmodell führt, was wiederum Umbrüchen im Parteiensystem und teils – in Ungarn und Polen – auch in der Staatlichkeit nach sich zieht. Vor diesem Hintergrund werden abschließend Kontinuitäten und Brüche in den integrationspolitischen Positionen der Visegrád-Staaten analysiert. Der deutlicher werdende Dissens vor allem Polens und Ungarn zu Positionierungen der Kerngruppe um Deutschland lässt sich als eine Facette eines beginnenden Desintegrationsprozesses der EU verstehen. Aufgrund der desintegrativen Tendenzen in der EU gewinnen selbst partielle Infragestellungen des Integrationsprojektes durch Staaten der EU-Peripherie politisch an Brisanz.

Die untergeordnete Eingliederung ins deutsche Produktivsystem

Die verstärkte Westorientierung der Visegrád-Länder und deren untergeordnete Eingliederung in das deutsche Produktivsystem, speziell in den deutschen Komplex der Exportindustrie, lässt sich bis in die Anfänge der kapitalistischen Transformation zu Beginn der 1990er Jahre zurückverfolgen.

Als eine zentrale Komponente der kapitalistischen Transformation und Westorientierung sahen die Regierungen Anfang der 1990er Jahre eine rasche Liberalisierung des Außenhandels an. Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) wurde aufgelöst. Hierbei wurde bewusst die Entscheidung getroffen, keine Übergangsregelungen – beispielsweise devisensparenden Tauschhandel – zu schaffen. Die Folgen sowohl für den Außenhandel wie auch für die gesamtwirtschaftliche Dynamik waren erheblich. Der Anteil der Ex-RGW-Staaten am Export kollabierte (vgl. Piazzolo 1997: 262, Tab. 1, 265).

Bereits zu Beginn der 1990er Jahre unterzeichneten Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei sogenannte Europa-Abkommen mit der EU. Die Handelsbestimmungen in diesen Abkommen waren asymmetrisch zu Ungunsten der zentral-osteuropäischen Staaten ausgestaltet. Die EU sicherte sich höhere Zolltarife für Güter, die sie als „sensitiv“ betrachte. Dies betraf unter anderem Stahl, Textilien und Nahrungsmittel, bei denen die zentral-osteuropäischen Ökonomien relativ exportstark waren. Zudem behielt sich die EU fallweise spezifische Protektionsmaßnahmen für Notfälle vor (Vachudova 2005: 87). Diese Abkommen erleichterten die Exportpenetration der EU in die Märkte der zentral-

osteuropäischen Nachbarn. Die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den Visegrád-Staaten expandierten nicht nur stark, sondern sicherten der EU in den 1990er Jahren auch beträchtliche Überschüsse (ebd.). Zu Recht spricht Piazzolo (1997: 265) im Handelsbereich von einer Eingliederung in den westeuropäischen Block während der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Bis zum Jahr 2000 war der Anteil der EU-15 am Export Ungarns 75,1 Prozent, Polens 69,9 Prozent, der Tschechischen Republik 68,5 Prozent und der Slowakei 59,2 Prozent (Richter 2012: 12, Tab. 1.10), wobei der relativ niedrige Wert der Slowakei mit deren engen, historisch bedingten Außenhandelsverflechtung mit der Tschechischen Republik zusammenhängt. Eine besonders starke Position gewann in den 1990er Jahren Deutschland im Außenhandel der Visegrád-Länder (vgl. Popławski 2016: 22, Abb. 6; Dwilewicz 2017: 140 ff.).

Die starke Westorientierung des Außenhandels der Visegrád-Länder ist bis heute geblieben, wenngleich der Anteil der EU-15 bereits in den Jahren bis zur großen Krise leicht rückläufig war. Auch der deutsche Außenhandelsanteil ist seit Beginn der 2000er Jahre in den Visegrád-Ländern von 2003 bis 2015 von 30 Prozent auf 25 Prozent zurückgegangen (Popławski 2016: 22). Trotzdem ist die deutsche Position im Außenhandel dieser Länder weiterhin als „dominant“ zu kennzeichnen (ebd.). Wie der bekannte ungarische Wirtschaftshistoriker Ivan T. Berend (2009: 167) anmerkt, ist der heutige Außenhandelsanteil Deutschlands bei dieser Ländergruppe höher als jener der Sowjetunion vor 1989. Sehr auffällig ist die einseitige Zusammensetzung des deutschen Handels mit den Visegrád-Ländern. Sowohl bei Exporten wie Importen dominieren Fahrzeuge (Popławski 2016: 25 f., Abb. 9, 10). Hieran wird deutlich, dass die Automobilindustrie den Kern der Integration der Visegrád-Länder in den deutschen Exportindustriekomplex ausmacht. Daneben sind die Anteile von Halbfertigwaren und chemischen Produkten im Handel zwischen den Visegrád-Ländern und Deutschland relevant.

Der wechselseitige Außenhandel der Visegrád-Länder untereinander ist speziell seit dem EU-Beitritt gewachsen. Er ist – aufgrund der aus der gemeinsamen Staatlichkeit ererbten Bindungen – in der Slowakei und der Tschechischen Republik substanziell höher als in Polen und Ungarn. In der Slowakei macht er immerhin etwa ein Viertel des Außenhandels aus (Richter 2012: 12, Tab. 1.10; wiiw 2017: 195, 197, 208; Dwilewicz 2017: 143). Allerdings ist diese Handelsverflechtung wohl weniger Resultat autonomer Handelsverbindungen als der Zulieferbeziehungen im Rahmen transnationaler Produktionsstrategien (Richter 2012: 94). Insofern ist festzuhalten, dass ein Teil des Intra-Visegrád-Außenhandels sich aus der Integration in die Zentren der westeuropa-zentrierten europäischen Arbeitsteilung ableitet.

Und damit ist auch bereits ein zweiter Pfeiler der untergeordneten ökonomischen Integration der Visegrád-Länder angesprochen, die ausländischen Direkt-

investitionen. Angesichts der tiefen Transformationskrise und institutionellen Unsicherheiten war das Interesse transnationaler Konzerne (TNK) an Direktinvestitionen in Zentralosteuropa zu Beginn der 1990er Jahre begrenzt. Das Interesse galt selektiv dem Kauf einzelner als attraktiv eingeschätzter Betriebe (z.B. Škoda) bzw. war in jenen Ländern etwas größer, bei denen die Westöffnung wie in Ungarn bereits während des Staatssozialismus etwas stärker war. Gleichzeitig war die Bereitschaft zur Öffnung gegenüber dem Auslandskapital in den zentral-osteuropäischen Ländern während eines Großteils der 1990er Jahre eher begrenzt, da die Schaffung eines einheimischen Kapitals ein politisches Ziel war. Eine Ausnahme bei der Positionierung gegenüber dem Auslandskapital stellte in den frühen 1990er Jahren Ungarn da. Die ungarische Regierung optierte zu Beginn der 1990er Jahre für eine offensive Anziehung von Auslandskapital, um die Bedienung der substanziellen Auslandsschulden, die noch aus der verschuldeten Industrialisierung der 1970er Jahre resultiert hatten, zu gewährleisten (vgl. Drahekoupil 2007: 94; 2009: 38ff.). Die Zuflüsse nach Ungarn waren bis Ende 1990er Jahre verhältnismäßig stärker als in den anderen Visegrád-Ländern (Drahekoupil 2009: 45, Abb. 21; Myant/Drahekoupil 2011: 279, Tab. 15.1). Die frühen Direktinvestitionen erfolgten vor allem in der Exportindustrie. Meist kauften westeuropäische Konzerne Firmen auf, mit denen sie schon vorher Lieferkontrakte gehabt hatten (ebd.: 278).

Die große Welle der Direktinvestitionen in der Region kam erst ab Ende der 1990er Jahre richtig in Schwung. In den Beitrittsverhandlungen mit den zentral-osteuropäischen Ländern sorgte die Europäische Kommission für ein dem Auslandskapital genehmes institutionelles Umfeld. Zudem drängte sie in den Verhandlungen auf Privatisierungen, die für die Bewertung der Integrationsfortschritte ein wichtiger Maßstab wurden (Becker 2008: 6f.). So wurden öffentliche Infrastrukturunternehmen und auch Banken veräußert. Für die Direktinvestitionen im Bereich der industriellen Exportproduktion war die Region durch ihre verhältnismäßig niedrigen Löhne, die gut ausgebildeten Arbeitskräfte und die geografische Nähe sowie relativ gute infrastrukturelle Anbindung an Westeuropa besonders interessant. Auffällig ist, dass in der Slowakei, Ungarn und Polen die Direktinvestitionen stark auf die westlichen Landesteile konzentriert sind (Medve-Bálint 2015: 87, Tab. 1), was auf eine wichtige Rolle der geografischen Nähe deutet. Die Direktinvestitionen waren mithin einerseits auf die Auslagerung von industrieller Produktion in kostengünstige Standorte gerichtet und zielten andererseits in Sektoren wie Banken, Versicherungen, Immobilien und Infrastruktur auf die Durchdringung der jeweiligen Binnenmärkte. Auf die Binnenmarkterschließung waren auch die substanziellen Direktinvestitionen im Bereich des Einzelhandels gerichtet.

Während die Direktinvestitionen 2008 noch hoch waren, brachen sie 2009 stark ein und gingen auf das Niveau der Jahre unmittelbar vor dem EU-Beitritt

zurück. Der Wiederanstieg der Direktinvestitionsflüsse war in den Folgejahren relativ schleppend (Hunya 2015: 44ff.). Während die Zuflüsse nach Polen in den letzten Jahren relativ stabil waren, schwanken sie in der Tschechischen Republik und Polen erheblich. Die Slowakei wies unter den Visegrád-Ländern bis von 2008 bis 2012 den relativ geringsten Anstieg des Bestands an ausländischen Direktinvestitionen auf (ebd.: 49, Tab. 2). Zuletzt verzeichnete die Slowakei auch in mehreren Jahren negative Zahlen (wiiv 2017: 43, Tab. I/28). Insgesamt stellt mithin die große Krise eine – wenngleich ungleich ausgeprägte – Zäsur bei den Direktinvestitionen dar, wobei sie sich in der verarbeitenden Industrie tendenziell resilienter als in anderen Sektoren erholt haben (Hunya 2015: 44).

Wichtigster Bereich beim Bestand der Direktinvestitionen war vor und nach der Krise ab 2008 die verarbeitende Industrie mit 32,4 Prozent in Polen, 32,9 Prozent in der Tschechischen Republik (beide 2015), 33,4 Prozent in der Slowakei (2014) und 29,7 Prozent in Ungarn (2016), was einen leichten Anteilrückgang darstellt. Besonderes Gewicht hat bei den Direktinvestitionen in der Industrie die Automobilindustrie. Für die deutsche Automobilindustrie waren die Produktionsauslagerungen nach Zentralosteuropa sogar ein zentraler Bestandteil ihrer Entwicklungsstrategie (Krzywdzinski 2014). Außer in Ungarn folgt beim Bestand der Direktinvestitionen der Finanzsektor mit 18,1 Prozent in Polen, 27,3 Prozent in der Tschechischen Republik (2015) und 24,5 Prozent in der Slowakei (2014). In Ungarn, wo teilweise stark schwankende Werte bei der sektoralen Struktur ausgewiesen werden, ging der Anteil des Finanzsektors von 2015 auf 2016 stark – auf nur noch 8,1 Prozent – zurück (wiiv 2017: 243, Tab. III/8.6., 245, Tab. III/8.8, 252, Tab. III/8.15, 256, Tab. III/8.19). Im ungarischen Wert dürfte sich die bewusste Renationalisierungspolitik widerspiegeln.

Die Konzentration auf Westeuropa ist mithin bei den Direktinvestitionen eher noch deutlicher ausgeprägt als im Handelsbereich. Hierbei spielen deutsche Konzerne vor allem im industriellen Bereich – insbesondere in der Automobilindustrie, aber beispielsweise auch der elektrotechnischen Industrie – eine zentrale Rolle, während im Bankensektor Finanzinstitute aus Österreich, Belgien und Italien tonangebend sind (vgl. Popławski 2016: 33f., 48 ff.). Die deutschen Aktivitäten waren also hauptsächlich auf die kostensenkende Produktionsauslagerung in die Visegrád-Länder orientiert. Für die westeuropäischen Konzerne sind die Visegrád-Länder ein einträgliches Geschäft. Die Einkommensbilanz für Direktinvestitionen ist für die Visegrád-Länder stark negativ. In der Tschechischen Republik machten die entsprechenden Abflüsse 2015 6,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukt (BIP), in Ungarn 5,2 Prozent, in der Slowakei 5,1 Prozent und in Polen 3,9 Prozent des BIP aus (Hunya 2016: 31: Tab. 7). Auch in diesen Zahlen kommt die Asymmetrie der ökonomischen Eingliederung der Visegrád-Länder in die europäische Arbeitsteilung klar zum Ausdruck.

Die Rekonfiguration der Machtblöcke im Gefolge der großen Krise

In den frühen 1990er Jahren unterschieden sich die außenwirtschaftspolitischen Orientierungen der Machtblöcke in den Visegrád-Ländern erheblich. In Ungarn mit seiner hohen Auslandsverschuldung und den bereits am Ende des Staatssozialismus relativ engen Verbindungen mit dem Auslandskapital setzte die Regierung bereits zu Beginn der 1990er Jahre auf die Anziehung von Auslandskapital. Das Auslandskapital und mit ihm eng verbundene innere gesellschaftliche Kräfte dominierten den Machtblock. In Polen war das Interesse des Auslandskapitals aufgrund der starken Krise in den 1980er Jahren sehr begrenzt, hier spielte eher das entstehende einheimische Kapital die zentrale Rolle. Sowohl in der Tschechischen Republik als auch in der Slowakei setzten sich mit den Regierungen Klaus bzw. Mečiar politische Kräfte durch, die über die Privatisierungspolitik eine einheimische Bourgeoisie schaffen wollten (vgl. Drahoukoupil 2009: 87ff.).

Mit dem Beginn der Beitrittsgespräche zur EU und dem steigenden Interesse des Auslandskapitals an der Region bildeten sich jedoch überall Machtblöcke heraus, in dem das Auslandskapital eine zentrale Funktion innehatte (vgl. Drahoukoupil 2007; 2009). Bei dieser Umgruppierung brachte die Europäische Union ihren Leverage voll zum Tragen (vgl. Becker 2004: 10ff.; Vachudova 2005). Das einheimische Kapital blieb eher auf die international nicht exponierten Sektoren wie Bauwirtschaft, bestimmte Dienstleistungen und Immobilien beschränkt. Infolgedessen spielt bei den Großbetrieben das einheimische Kapital allein in Polen und der Tschechischen Republik noch eine relevante Rolle (vgl. Sass 2017: 56ff.). Die Privatisierungspolitik kam jedoch auch dem einheimischen Kapital zu Gute. Bei größeren Projekten ging es auch Kooperationen mit dem Auslandskapital ein. Für die relativ rezente einheimische Bourgeoisie blieben oftmals enge politische Verbindungen zu den politischen Parteien und über diese zum Staatsapparat von großer Bedeutung, um beispielsweise bei bestimmten Privatisierungen oder öffentlichen Aufträgen zum Zuge zu kommen (vgl. Klíma 2015; Geist 2018a; Müller 2018: 126). Diese Verbindungen haben speziell bei der liberalen Mittelklasse Unmut ausgelöst, zu Debatten über Korruption und Günstlingswirtschaft und dem Ruf nach „politischer Anständigkeit“ geführt (Geist 2018a: 14f.). Das enge Verhältnis zwischen Auslandsunternehmen und dem Staatsapparat war hingegen nicht Gegenstand politischer Debatten.

Zentral für die Akkumulationsregime in der Region waren von Beginn der 1990er Jahre bis zum Jahr 2008 einerseits die abhängige Exportindustrie, andererseits Finanzialisierung, die sich durch einen signifikanten Anstieg der Verschuldung der Haushalte – für den Erwerb von Immobilien und teils auch Konsumgütern – auszeichnete. Die „große Krise“ führte dann zu einer gewissen

Desillusionierung mit dem europäischen Integrationsprojekt. Für viele Menschen in den Visegrád-Ländern ist deren Prosperitätsversprechen jetzt deutlich fragwürdiger. Die Krise zeigte die Verwundbarkeiten der Wachstumsmodelle der Visegrád-Länder auf, speziell im Exportbereich. In den drei kleineren Visegrád-Staaten mit ihrer engen Exportspezialisierung schlug der krisenbedingte Rückgang der Exporte stark auf das BIP durch. Vom Austrocknen der Kapitalzuflüsse war unter den Visegrád-Staaten speziell Ungarn betroffen. Die starke Zunahme der Kreditvergabe an Privathaushalte war in Ungarn besonders abhängig von Refinanzierung aus dem Ausland. Die in Ungarn tätigen Banken suchten das damit verbundene Wechselkursrisiko auf ihre KundInnen abzuwälzen und setzten stark auf Fremdwährungskredite. Diese machten in Ungarn am Vorabend der Krise 66,7 Prozent der Haushaltsverschuldung aus (Becker/Ćetković 2015: 83, Tab. 7). In der Krise verlor der Forint massiv an Wert und die verschuldete Mittelklasse geriet stark unter Druck. Der Rückgang des BIP war 2009 mit einem BIP-Einbruch von 6,8 Prozent in Ungarn stärker als in den anderen Visegrád-Ländern ausgeprägt. Allein Polen entging aufgrund seiner stärker diversifizierten Wirtschaftsstruktur und der Wechselkursflexibilität 2009 einer Rezession (vgl. Becker 2014: 20ff.).

Die wirtschaftliche Erholung war in allen Visegrád-Ländern relativ stark vom Wiederanziehen der Exporte getragen. Die gute Exportkonjunktur ließ die Arbeitslosigkeiten sinken. Hiermit gewannen Gewerkschaften an Verhandlungsmacht und in den letzten Jahren sind die Löhne gestiegen, womit auch die Binnenachfrage belebt wurde. Mit Ausnahme Ungarns, wo die Verschuldungsprobleme der Privathaushalte virulent blieben, setzte sich in den Visegrád-Ländern die Finanzialisierung in Form zunehmender Kreditvergaben an Privathaushalte fort. Besonders rasch wächst die Verschuldung im Eurozonen-Land Slowakei (NBS 2017: 21). Ein großer Teil der Kredite dient dem Immobilienerwerb. Hierin sind deutliche Kontinuitäten in den Akkumulationsregimen der Vorkrisenzeit erkennbar. Auch die großen regionalen Ungleichheiten in der wirtschaftlichen Entwicklung in Polen, der Slowakei und Ungarn akzentuierten sich weiter.

Speziell in Polen gewannen mit der großen Krise auch kritischere Einschätzungen der Transformationsprozesse, der ungleichen regionalen Entwicklungsmuster und des europäischen Krisenmanagements breitere Resonanz. In diesem Kontext gewannen Kräfte in den Visegrád-Ländern an Bedeutung, die für größere Spielräume für die EU-Mitgliedsländer eintreten. Da die EU als – vor allem von liberalen Kräften genutzter – Identitätsanker an Bedeutung eingebüßt hat (vgl. Marušiak 2013: 158), konnte die politische Ausstrahlungskraft nationalistischer Kräfte wachsen. Insbesondere für jene, die keinen Platz in der von liberalen Kräften propagierten „Gesellschaft der Mittelklasse“ gefunden hatten, boten nationalistische Kräfte einen Anteil der „nationalen Gemeinschaft“ (Matyja 2018: 75; siehe auch Gdula 2018: 68). Teile der dominanten Machtblöcke waren sich der ge-

stiegegen Abhängigkeit schmerzlich bewusst (vgl. ebd.: 27) – und die veränderte Konstellation bot Möglichkeiten der Korrektur von Abhängigkeitsbeziehungen.

In der daraufhin einsetzenden politischen Re-Konfigurierung sind allerdings deutliche Unterschiede zwischen Ungarn und Polen einerseits und der Tschechischen Republik und der Slowakei andererseits erkennbar. In Ungarn und Polen gewannen rechtsnationalistische Parteien die Parlamentswahlen, stärkten die Komponente des einheimischen Kapitals im Machtblock und veränderten die staatlichen Strukturen. Im Fall der Tschechischen Republik und der Slowakei ist es noch nicht zu substantziellen Veränderungen der Staatlichkeit gekommen, allerdings befindet sich das Parteiensystem in einem Prozess des Umbruchs und der extremen Fragmentierung.

In Ungarn und Polen trugen unterschiedliche Faktoren zum Wahlsieg der rechtsnationalistischen Parteien bei. In Ungarn erodierte die WählerInnenbasis der sozialliberalen Koalition über mehrere Jahre – Skandale und, in ihrer zweiten Amtszeit, restriktive sozialpolitische Maßnahmen spielten hierbei eine Rolle. Aufgrund der hohen Fremdwährungsverschuldung der Haushalte war Ungarn von der Krise ab 2008 besonders betroffen. Die ungarische Regierung unterzeichnete 2008 als erste EU-Regierung ein orthodoxes Strukturanpassungsabkommen mit dem IWF. Dieses blendete die Frage der Fremdwährungsverschuldung, die für viele Mittelklassenhaushalte ein brennendes Problem war, aus. Wie der damalige liberale Spitzenpolitiker Bálint Magyar (2018: 59) einräumt, wurde diesem Aspekt der Krisendynamik von Seiten der damaligen Regierungallianz in seiner Dramatik verkannt. Damit bot die damalige Regierung der kompakt und aggressiv auftretenden Fidesz starke Angriffsflächen.

Polen kam ungleich besser durch die Krise als Ungarn und vermied als einziges EU-Land 2009 eine Krise. Allerdings zeigte sich die rechtsliberale Regierung wenig sensibel für die Schattenseiten des polnischen Wachstumsmodells wie einen hohen Anteil prekärer Beschäftigung mit sogenannten „Müllverträgen“ und großen regionalen Entwicklungsunterschieden. Auch das sich sozialliberal gebende Bündnis um die SLD ignorierte soziale Fragen. Damit konnte die nationalkonservative Prawo i Sprawiedliwość (PiS) auf die soziale Frage faktisch ein Monopol gewinnen und gleichzeitig die soziale Abgehobenheit der liberalen Kräfte hervorstreichen (vgl. Müller 2018: 122ff.). Trotz der unterschiedlichen Ausgangssituationen spielten ökonomische und soziale Fragen bei den Wahlsiegen von Fidesz (2010) und PiS (2015), die deren Durchbruch zur Staatsmacht brachten, insofern eine wichtige Rolle.

Ein „selektiver Wirtschaftsnationalismus“ (Tóth 2014) ist für das Projekt beider Parteien zentral. Doch hat ihr Wirtschaftsnationalismus unterschiedliche Konturen. Für Fidesz geht es vor allem um die Stärkung des einheimischen Kapitals in nicht-exponierten Sektoren (wie Banken, Handel, Bauwirtschaft), während das

transnationale Kapital in der Exportindustrie weiterhin als unverzichtbar angesehen wird und die Grundzüge des exportorientierten, abhängigen Wachstumsmodells nicht infrage gestellt werden (vgl. die Selbstdarstellung bei Matolsky 2015; kritisch Becker 2015a). Für PiS hingegen droht Polen in der „Falle mittleren Einkommens“ gefangen zu werden, wie im Morawiecki-Plan hervorgehoben wird (Ministerstwo Rozwoju 2016). Für die PiS-Regierung geht es damit um eine Modifizierung des Wirtschaftsmodells, der Förderung technologisch vielversprechender Bereiche und eine proaktive Rolle des Staates, wobei staatlichen Finanzinstitutionen eine wichtige Rolle zugeschrieben wird (ebd.). Damit sind bei PiS entwicklungskeynesianische Akzente erkennbar, die in ihrer ersten Amtszeit (2005–2007), die wirtschaftspolitisch neoliberal geprägt war, keine Rolle spielten. Die wirtschaftspolitische Positionsveränderung von PiS dürfte eine Konsequenz aus der Krise sein. Aufgrund der stärkeren Binnenorientierung der polnischen Wirtschaft und des stärkeren einheimischen Kapitals sind für eine entwicklungskeynesianische Ausrichtung in Polen auch bessere Voraussetzungen als in den anderen Visegrád-Staaten gegeben.

In ihrem gesellschaftlichen Adressatenkreis unterscheiden sich Fidesz und PiS signifikant. Fidesz ist wirtschafts- und sozialpolitisch klar auf die Mittelklasse orientiert (vgl. Becker 2015a; Szikra 2018). Im Vergleich dazu sucht PiS ein breiteres Spektrum zu erreichen. Auch für sie ist die Mittelklasse zentral, doch sind Maßnahmen wie Absenkung des Pensionsantrittsalters oder Einführung eines Kindergeldes von 500 Złoty (ca. 115 Euro) ab dem zweiten Kind auch an ärmere Bevölkerungsgruppen adressiert. Für den polnischen Soziologen Maciej Gdula (2018: 68) gelang es PiS, eine WählerInnenschaft aus Mittelklasse und populären Klassen zusammenzubringen mit dem Versprechen von Systemkorrekturen, die ein gerechtere Verteilung der Früchte des Wachstums und ein würdiges Leben ermöglichen würden. PiS wurde bei den Wahlen von 2015 die stärkste Partei bei den BäuerInnen mit 53,3 Prozent, den ArbeiterInnen mit 46,8 Prozent, aber auch Verwaltungsangestellten mit 35,4 Prozent und Firmeneigentümern mit 29,1 Prozent. Die liberale PO hatte nur bei Managern die Nase vorn (ebd.: 67).

Im Staatsprojekt von Fidesz und PiS sind einerseits einige starke Parallelen, andererseits aber auch ein paar signifikante Unterschiede zu sehen. Einige Unterschiede im Staatsprojekt erklären sich aus den unterschiedlichen Konturen des selektiven Wirtschaftsnationalismus. Fidesz hat die auf die Anziehung von ausländischen Direktinvestitionen fokussierten Staatsagenturen stärker auf den industriellen Exportsektor fokussiert, wobei hier weiterhin starke Anreize geboten werden (vgl. Becker 2015a: 72). Einige steuerliche Anreize gehen, so Sass (2017: 53), sogar so weit, dass sie als Mechanismen eines Steuerparadieses gewertet werden müssten. In einigen nicht-exponierten Sektoren hat die Regierung hingegen etwa über sektorale Sondersteuern, Lizensierungen versucht, die Präsenz von Auslandskapital zurückzudrängen (vgl. Becker 2015a: 72f.; Magyar 2018: 216ff.; Sass 2017: 52f.).

Das ist zum Teil auch gelungen. Am signifikantesten ist dies im Bankenbereich, wo der Anteil der Auslandsbanken zwischen 2010 und 2016 von etwa 70 Prozent auf knapp 40 Prozent zurückgegangen ist (Raiffeisen Research 2017: 6). Über einen speziellen Finanzierungsmechanismus der Zentralbank werden in Ungarn Klein- und Mittelbetrieben Kredite angeboten. Verändert hat die Fidesz-Regierung auch die Ausschreibungspolitik in einer Weise, die politisch gezieltere Auftragsvergaben ermöglicht (Magyar 2018: 96 ff.). Bei den stark mit EU-Geldern finanzierten öffentlichen Projekten ist laut Recherchen ungarischer JournalistInnen eine hohe Konzentration der Vergaben bei Fidesz-nahen Unternehmern festzustellen (Morvay 2018: 11). In Ungarn hat sich für Magyar (2018: 108ff.) eine von der Regierungspartei politisch abhängige Oligarchie herausgebildet.

In ihrer Politik gegenüber dem Auslandskapital stellt sich die PiS-Regierung weniger ambivalent dar. Polen zeigt sich in dem regulatorischen Herangehen an Auslandsinvestitionen unter den Visegrád-Ländern am wenigsten liberal und hat in den Jahren 2006 bis 2015 auch im regulatorischen Verhalten recht stabil gezeigt (Sass 2017: 50f.). Die Förderung des einheimischen Kapitals ist im Fall der PiS-Regierung programmatisch mit der Vorstellung der Schaffung von Elementen eines Entwicklungsstaates verbunden. Das ist ein wesentlich ambitionierteres Projekt als das Fidesz-Staatsprojekt. Ökonomisch sind für eine solche Ambition durch die breiter gefächerte Branchenstruktur, den größeren einheimischen Unternehmenssektor und eine größere Zahl strategisch bedeutsamer Staatsunternehmen auch bessere Voraussetzungen gegeben als in Ungarn. Einen ersten Schritt in Richtung der Stärkung des staatlichen Bankensektors hat die PiS-Regierung durch die Übernahme der Unicredit-Anteile an der Pekao durch staatliche Firmen getan. Damit beträgt der einheimische Anteil am Bankensektor nun über 50 Prozent (Łon 2018: 91, Abb. 32). Bei industriepolitischen Initiativen, beispielsweise in der Werftindustrie, tut sich die PiS-Regierung hingegen schwer. Hier kommt der Verlust entwicklungspolitischer Kapazitäten des Staates in den 1990er Jahren negativ zum Tragen. Das Verhältnis von PiS und den staatlichen Institutionen zu individuellen Kapitalgruppen ist insgesamt distanzierter als im Fall von Fidesz und Ungarn.

Sowohl in wirtschaftspolitischen als auch in anderen Staatsinstitutionen ist die Politik von Fidesz und PiS darauf ausgerichtet, den Einfluss der Partei über Besetzungspolitik auf staatliche Institutionen auszudehnen. Das betrifft, zumindest teilweise auch Regulierungsbehörden. Dies ist für beide Länder nichts wirklich Neues, allerdings gehen Fidesz und PiS hier deutlich weiter als ihre Vorgängerinnen. Die Parteien begründen ihre Interventionen in Gerichtsbarkeit, Medien, kulturelle Sphäre etc. damit, dass sie ein Wählermandat hätten und die Nation repräsentierten (vgl. Bucholc/Komornik 2016: 87 mit Bezug zu Polen). Hierbei tat sich Fidesz aufgrund der Zweidrittelmehrheit an Parlamentsmandaten

leichter als PiS. Denn Fidesz konnte sich eine Verfassung nach eigenen Wünschen schreiben. Der nationalkonservative Umwandlungsprozess des Staates ist in Polen politisch und juristisch konfliktiver als in Ungarn. Teile dieses Staatsprojektes sind bei der EU auf Widerstände gestoßen – im Fall Polens vor allem die Eingriffe in die Justiz, während die Europäische Kommission sich im Fall Ungarns vor allem an der Einschränkung der Unabhängigkeit der Zentralbank stieß, die ja eigentlich demokratiepolitisch wünschenswert wäre (vgl. Müller 2013: 35).

In beiden Fällen gibt es Initiativen, zivilgesellschaftliche Organisationen zu gängeln und zu kontrollieren. Diese gehen im ungarischen Fall deutlich weiter. So ist derzeit eine extrem restriktive Gesetzgebung für NGOs im Flüchtlingsbereich in Vorbereitung, die unter anderem auch Haftstrafen für FlüchtlingshelferInnen vorsieht. Laut Presseberichten soll in Ungarn auch die Versammlungsfreiheit eingeschränkt werden (Lauer 2018: 4). Die ungarische Regierung versucht auch, über Verteilung von Fördergeldern eine Art gewerkschaftlichen Klientelismus zu etablieren (vgl. Neumann i.E.). In Polen hingegen sind bestimmte Konsultationsmechanismen zwischen Staat, Kapital und Arbeit wieder in Gang gesetzt worden. Und neue Sozialleistungen sind rechtlich verbrieft. Insofern ist der Fidesz-Klientelismus viel weitgehender angelegt als entsprechende Tendenzen in Polen. Auch ist die politische Praxis von Fidesz deutlich repressiver und zudem durch Hasskampagnen gegen Flüchtlinge geprägt, etwa den liberalen Finanzier George Soros. Beide Staatsprojekte sind durch nationalkonservative Elemente, eine steuernde und kontrollierende Rolle der Regierungspartei und eine Aufweichung der Gewaltenteilung geprägt. Offen autoritäre und klientelistische Elemente sind im ungarischen Fall stärker ausgeprägt als in Polen.

In der Tschechischen Republik und der Slowakei sind die Kontinuitäten zur Staatlichkeit der Vorkrisenzeit im Vergleich zu Ungarn und Polen weitaus stärker ausgeprägt, im gesellschaftlichen Block an der Macht hat es weniger dramatische Veränderungen gegeben. Allerdings deuten starke Umwälzungen und Fragmentierungen des Parteiensystems auch hier Veränderungen an. In der Tschechischen Republik nutzten die regierenden Rechtsparteien die Krise mit etwas Verzögerung, um über eine Austeritätspolitik den Sozialstaat noch weiter zurückzudrängen. In Verbindung mit zunehmendem Unmut über Günstlingswirtschaft und Korruption führte dies zu einer Beschleunigung der Erosion der WählerInnenbasis dieser Parteien. In die entstehende Lücke stießen Parteien, die ihren Neuigkeitscharakter und Antikorruptionsorientierung betonten, sowie xenophobe Formationen. In Tschechien etablierte sich als bedeutendste dieser neuen Parteien ANO, die 2011 auf Initiative des Oligarchen Andrej Babiš gegründet wurde (vgl. Becker 2015b: 426f.). Babiš präsentierte die Partei als Formation neuen Typs, die effizient wie eine Firma geführt werde und die mit dem alten Parteienfilz nichts zu tun habe. In wirtschafts- und sozialpolitischen

Fragen hielt sich Babiš relativ bedeckt, setzte sich aber von der explizit antisozialen Haltung der neoliberalen Rechten ab. In einem ersten Schritt zog ANO vor allem WählerInnen von den Rechtsparteien ab. Besonders stark schnitt sie unter WählerInnen bis 29 Jahren, Unternehmern und Selbständigen ab (Klíma 2015: 51). Nach den Wahlen von 2013 gingen die Sozialdemokraten als stimmenstärkste Partei eine Koalition mit ANO und ChristdemokratInnen ein. ANO (und die ChristdemokratInnen) segneten zwar eine expansivere Sozial- und Lohnpolitik ab, stellten sich aber bei Steuererhöhungen und stärker transformatorischen Ansätzen quer, wie etwa der Initiierung eines ernsthaften sozialen Wohnungsbaus. Mit seinem großen Medienimperium vermochte Babiš soziale Besserungen vor allem für seine Partei zu reklamieren, obwohl die Initiativen eigentlich von der Sozialdemokratie kamen. Letztere waren zudem in einen eher großstädtischen sozialliberalen und einen auf die BezieherInnen von Niedrigeinkommen und kleinstädtische Bevölkerung orientierte sozialkonservativen Flügel gespalten.

Mit ihrer Profilierung als effiziente und gemäßigt soziale Kraft vermochte ANO bei den Parlamentswahlen von 2017 dann auch stark Stimmen von der Sozialdemokratie und den programmatisch entleerten Kommunistischen Partei abzuziehen und zur stärksten Partei aufzusteigen, obwohl Babiš sich Ermittlungen wegen Subventionsbetrugs gegenüber sah und sein „Interessenkonflikt“ zwischen seiner Rolle als Finanzminister und Großunternehmer zum Thema geworden war. Aufgrund der Ablehnung der traditionellen Rechtsparteien und der Piraten, mit Babiš eine Koalitionsregierung einzugehen, und Fragmentierung des Parlaments zieht sich die Regierungsbildung seit Monaten hin. Eine Regierung von Babiš und den SozialdemokratInnen, die durch die KommunistInnen toleriert würde, zeichnet sich ab. Ihre Grundlage wäre ein Koalitionsvertrag, der eine liberale Wirtschaftspolitik (vor allem Steuerpolitik) mit einigen sozialpolitischen Verbesserungen kombinieren würde (Brodničková/Rovenský 2018: 2).

Anders als in Ungarn und Polen zeichnet sich nicht ab, dass eine ANO-geführte Regierung das Verhältnis zwischen ausländischem und einheimischem Kapital neu austarieren würde. Innerhalb des einheimischen Kapitals gibt es jetzt allerdings einen Primus, die Agrofert von Babiš. Klíma (2015: 46f.) kennzeichnet ANO als „Partei-Firma“ nach dem Beispiel der Forza Italia Berlusconi. Die von der Partei rekrutierten Kader wechseln, nur der Kern aus (früheren) Agrofert-Managern ist stabil (Jelínek 2018: 6). Wie dauerhaft ANO im Wesentlichen die Partei einer Person bleibt, wird sich zeigen. Der Machtblock in der Tschechischen Republik ist durch die Interessen des transnationalen Kapitals und ausgewählter Oligarchen mit strategischer Unterstützung von Teilen der Mittelklasse geprägt.

In der Slowakei bereitete die ausgeprägt antisoziale Politik der neoliberalen Rechtskoalition 2006 der Regierungsübernahme durch die sozialdemokratisch orientierte Partei Smer den Weg. Smer kombiniert eine gegenüber den neolibe-

ralen Vorgängern leicht abgemilderte liberale Wirtschaftspolitik mit einzelnen Verbesserungen in der Sozialpolitik, einer gewerkschaftsfreundlicheren Arbeitsgesetzgebung und einer expansiven Mindestlohnpolitik. Die Balance zwischen Auslandskapital und einheimischen Kapitalgruppen haben die Smer-geführten Regierungen nicht wesentlich geändert, allerdings hat Smer die großen Privatisierungen beendet und auch die regulativen Rahmen für Auslandsinvestitionen nicht weiter gelockert. Zu bestimmten einheimischen Kapitalgruppen hat Smer – strukturell ähnlich wie die Vorgängerregierungen – ein Naheverhältnis (vgl. Becker 2018; Geist 2018a: 29). Bestimmte strukturelle, auch die WählerInnenbasis von Smer betreffende Probleme wie die großen regionalen Unterschiede und die strukturelle Unterfinanzierung von Bildung und Gesundheitsbereich hat die Partei nicht wirklich abmildern können (vgl. Baboš u.a. 2016, Kap. 4, 5). In den letzten Jahren ist die WählerInnenbasis von Smer erodiert – zuletzt auch unter dem Eindruck von Korruptionsskandalen. Die traditionelle, neoliberale Rechte, die vor allem von der städtischen Mittelklasse getragen wird, ist in der Slowakei stark zersplittert. Es handelt sich um Parteien mit kleiner Mitgliederbasis, oft geringer interner Demokratie und engen Bindungen an „enge wirtschaftliche Interessen“ (Geist 2018b: 29). Zudem ist die neoliberale Rechte entlang des Verhältnisses zur EU und zu gesellschaftspolitischen Fragen gespalten. Aufgrund der Euro-Zonen-Mitgliedschaft des Landes ist die Spaltung in einen Euro- und EU-kritischen Flügel, vor allem die Partei extrem neoliberale Partei Sloboda a Solidarita (SaS), und einen euroaffinen Flügel politisch explosiver als in den anderen Visegrád-Ländern. Dieser Konflikt führte 2011 auch zum Zerfall einer kurzlebigen Rechtskoalition (Just 2018: 82). Eine prononciert wirtschaftsnationalistische Kraft nach dem Zuschnitt von PiS oder Fidesz gibt es in der Slowakei allerdings nicht, wo das einheimische Kapital seit der sehr ausgeprägt neoliberalen und außenorientierten Phase von 1998 bis 2006 relativ schwach ist. Zudem ist die wirtschaftspolitisch neoliberale Rechte gesellschaftspolitisch in einen liberalen und einen konservativen, in Teilen religiös fundamentalistischen Flügel gespalten. In das von Smer hinterlassene Repräsentationsvakuum ist in der Slowakei zudem eine offen faschistische Kraft gestoßen, Ludová strana – Naše Slovensko.

Es lassen sich also zwischen den Visegrád-Staaten unterschiedliche Konjunkturen des Verhältnisses von in- und ausländischem Kapital und des Grades der Außenorientierung des Staates erkennen. Sie sind einerseits vom internationalen Kontext abhängig, andererseits von komplexen innenpolitischen Konflikten, in welche die externen Interessen direkt eingebunden sind (vgl. Cardoso/Faletto 1976: 218). Einen Gleichschritt gab es in der Visegrád-Gruppe von Beginn der Beitrittsverhandlungen bis zum Ausbruch der Krise ab 2008, als externe Interessen und Außenorientierung dominant wurden. Aktuell ist ein Bedeutungszuwachs der einheimischen Bourgeoisie in Ungarn und Polen zu konstatieren, während die

außenorientierte Staatlichkeit in der Tschechischen Republik und der Slowakei bislang weniger infrage gestellt wird. Allerdings stellt sich die Frage, welche Konsequenzen die tiefe Repräsentationskrise in diesen beiden Ländern *à la longue* haben wird. Gemeinsam ist allen Visegrád-Staaten ein Bedeutungsverlust der Mitte-Links-Parteien – wenn auch mit noch stärkerer Ausprägung in Polen und Ungarn. Weiter links stehende Kräfte sind noch sehr klein, wobei hier die Sichtbarkeit in Polen mit Razem am stärksten ist. Stärker geworden sind in den Visegrád-Ländern hingegen weit rechts stehende Kräfte – besonders krass in Ungarn mit seinen starken reaktionären Traditionen, am wenigsten in der Tschechischen Republik mit ihren stärker liberalen, bis 1968 auch linken Traditionslinien.

Die Visegrád-Staaten und die Europäische Integration

Die Westorientierung wurde zum integralen Bestandteil der kapitalistischen Transformation gleich zu ihrem Beginn. Die liberalen Intellektuellen sprachen von einer „Rückkehr nach Europa“ – womit sie kommende Prosperität assoziierten. Die Gründung der Visegrád-Gruppe im Jahr 1991 war, wie Cabada und Walsch (2017: 114f.) bemerken, nicht zuletzt durch eine Abgrenzung nach Osten und Südosten motiviert. Die Gründer verstanden sie als zentraleuropäische, westorientierte Gruppierung. Der damalige tschechoslowakische Staatspräsident und liberale Intellektuelle, Václav Havel, war ein entscheidender Protagonist in der Gründung der Gruppe (vgl. Veselý 2013: 31). Die tschechische HZDS-Regierung war in ihrer Haltung gegenüber der EU-Integration allerdings ambivalent. Bis 1998 war die politische Kooperation im Rahmen der Visegrád-Gruppe gering (Cabada/Walsch 2013: 126f.).

Mit der Abwahl der ODS- bzw. HZDS-Regierung, die sich auf einen eher nationalen Machtblock gestützt hatten, und den EU-Beitrittsgesprächen verstetigte sich die Kooperation im Hinblick auf den EU-Beitritt. Der damalige tschechische Premierminister Miloš Zeman machte sich für die Integration der Slowakei in den NATO- und EU-Erweiterungsprozess stark (ebd.: 127). Die ökonomische Seite des EU-Integrationsprozesses – speziell das Binnenmarktprojekt – wurde fast vom ganzen politischen Spektrum in den Visegrád-Staaten getragen. Vorbehalte gegen die politische Seite des Integrationsprojektes gab es jedoch vonseiten nationalliberaler und nationalkonservativer Kräfte in der Region. In Tschechien sprachen sich beispielsweise Politiker der nationalistisch-neoliberalen Občanská demokratická strana (ODS) 2001 in einem „euro-realistischen Manifest“ für einen intergouvernementalen Modus der Integration, die Wahrung der nationalen Souveränität und klare, demokratisch legitimierte Verantwortlichkeiten aus. Sie wandten sich gegen jede Stärkung des supranationalen Charakters der EU

(Zahradil u.a. 2001; vgl. Becker 2004: 12f.). Trotz dieser Vorbehalte trugen sie den Beitritt zur EU im Jahr 2004 mit.

Dem engeren institutionellen Kern der EU, die Eurozone, ist von den Visegrád-Ländern bislang allein die Slowakei beigetreten. Der Beitritt war von der neoliberalen Regierung Dzurindas vorbereitet und 2009 von der Smer-geführten Regierung realisiert worden. Der Beitritt war damals nicht von einer großen Debatte begleitet. Bei der Fixierung des Konversionskurses stand eher die Inflationsbekämpfung denn Produktion und Export im Vordergrund (vgl. Becker/Lesay 2012: 128f.). In Ungarn erklärten die Regierung und die Zentralbank im Juli 2003 die Intention, den Euro Anfang 2008 einzuführen. Selbst Viktor Orbán äußerte sich in seiner ersten Amtszeit 2001 für einen möglichst schnellen Beitritt zur Eurozone (Bod o.J.: 67). Finanzielle Instabilität ließ dieses Ansinnen allerdings bereits im Ansatz scheitern. Die Fidesz-Regierung verabschiedete sich dann nach der Krise und den erkennbaren Turbulenzen der Eurozone de facto von dem Beitrittsprojekt. Auch wenn das transnationale Kapital Interesse an der Übernahme des Euro hat, gab es in der Tschechischen Republik und Polen unter anderem wegen der Implikationen für das wirtschaftliche Entwicklungstempo, die reale Konvergenz und wirtschaftspolitische Flexibilität schon vor der Krise der Jahre ab 2008 deutliche politische Vorbehalte gegen einen schnellen Beitritt zur Eurozone. Als Konsequenz ist die Visegrád-Gruppe in ein Eurozonen-Mitgliedsland und drei Staaten außerhalb der Eurozone gespalten. Diese Inhomogenität setzt der Einheitlichkeit des Auftretens der Gruppe in der EU Grenzen.

Nach dem EU-Beitritt setzten die Visegrád-Länder die lockere Kooperation innerhalb der Gruppe fort. Grundlage dieser Kooperation sind gewisse Interessenkonvergenzen, die sich zum Teil aus der Ähnlichkeit der Position in der europäischen Arbeitsteilung ergeben, die aber nicht durch eine starke Verdichtung der wechselseitigen ökonomischen Beziehungen getragen werden. Hierbei stellt die Visegrád-Gruppe für das wichtigste Mitgliedsland, Polen, nur eine von verschiedenen Kooperationsoptionen innerhalb der EU dar (vgl. Cabada/Walsch 2017: 145).

In bestimmten Punkten ergeben sich politökonomische begründete Interessenkonvergenzen zwischen den Visegrád-Staaten. Im Einklang mit dem Modell abhängiger Exportindustrialisierung und starken Emigration von Arbeitskräften betrachten sie das Binnenmarktprojekt als Kern der EU-Integration. Aus einer ähnlichen neomerkantilistischen Orientierung wie Deutschland heraus teilen sie die deutsche „Austeritätsskultur“. Dies unterstrich auch Viktor Orbán vor zwei Jahren in einem langen Beitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (Orbán 2016: 6). Da die Visegrád-Staaten im Rahmen der europäischen Arbeitsteilung in die Rolle eines industriellen Zulieferers relegiert worden sind, sprechen sie sich gegen die Vereinheitlichung steuerlicher oder sozialer Standards aus. Denn dies würde ihren „Wettbewerbsvorteil“ gefährden (Geist 2016: 60; 2017: 25).

Ein gemeinsames Kernanliegen der Gruppe ist zudem eine gute Dotierung des Kohäsionsfonds als Ausgleichsmechanismus in der EU. Bei spezifischen sektoralen Politiken, speziell der Agrarpolitik (vgl. Cabada/Walsch 2017: 138), sind hingegen auch Unterschiede erkennbar.

Die große Krise ab 2008 hat die Bruch- und Konfliktklinien in der EU stärker zutage treten lassen. Die Kohäsion der EU ist erkennbar geschwächt. Das hat zumindest einigen Mitgliedsstaaten die Möglichkeit gegeben, sich eigenständiger zu positionieren. Gleichzeitig sind die EU-Mitgliedsstaaten gezwungen, zu den unterschiedlichen Zukunftsszenarien Stellung zu beziehen. Gemeinsam ist den Visegrád-Staaten, dass sie sich in der Frage der Flüchtlingsaufnahme äußerst restriktiv positioniert haben. Sie traten für scharfe Grenzkontrollen ein. Ungarn, die Slowakei und die Tschechische Republik stimmten gegen verpflichtende Quoten bei der Flüchtlingsaufnahme. Ungarn und die Slowakei klagten – erfolglos – gegen diesen Beschluss beim Europäischen Gerichtshof. Inzwischen ist von einer „flexiblen Solidarität“, d.h. finanziellen Kompensationen, die Rede. Diese Positionierungen sind zum Teil auch von rechtsnationalistischen Kräften in Westeuropa aufgenommen worden. Die Fidesz-Regierung ist mit ihrer aggressiven Rhetorik und Praxis sogar zu einem gesamteuropäischen Leitstern bei der Flüchtlingsabwehr geworden. Die Ablehnung von Flüchtlingen ist speziell auf eine Gruppe von Flüchtlingen – nämlich „Muslimen“ aus dem Nahen Osten fokussiert. In Polen und Ungarn ist die Abwehr von Flüchtlingen Teil einer umfassenderen nationalkonservativen Gesellschaftspolitik, die auch weitere Konfliktfelder mit der liberalen EU-Politik aufweist. Diese breitere nationalkonservative Linie wird von den Regierungsparteien in der Tschechischen Republik und der Slowakei nicht geteilt. Sie ist damit auch kein Konsens in der Visegrád-Gruppe.

Die tiefste Bruchlinie innerhalb der Visegrád-Gruppe betrifft allerdings die Frage der Mitgliedschaft in der Eurozone und die Tendenz zu einer Vertiefung einer EU der mehreren Geschwindigkeiten. Die Slowakei ist Mitglied der Eurozone. Strategisches integrationspolitisches Ziel der slowakischen Regierung ist, Teil des institutionellen Kerns zu werden. In diesem Sinne erklärte der neue slowakische Premier, Peter Pellegrini, jüngst seine Unterstützung für die Reformpläne des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron (Matišák 2018: 2f.). Diese laufen auf eine Vertiefung der Integration in der Eurozone – und damit eine Vertiefung der institutionellen Unterschiede zwischen den Ländern der Eurozonen und jenen außerhalb hinaus.

In den anderen Ländern hat angesichts der strukturellen Probleme der Eurozone seit der Krise die Skepsis gegenüber einem Beitritt zum Euro weiter zugenommen, wie beispielsweise eine entsprechende kritische Analyse des PiS-Europaexperten und Kabinettschef im Präsidialamt Krzysztof Szczerski (2017: 66) zeigt. Er hält auch einen Zerfall der Eurozone nicht für ausgeschlossen. Von

den politischen Kräften sprechen sich am ehesten Sozialdemokraten für den Beitritt zur Eurozone aus, obwohl dies die wirtschafts- und sozialpolitischen Spielräume weiter einschränken würde. Diese Position ist ein Indikator dafür, wie weitgehend die SozialdemokratInnen in der Region den Anspruch einer aktiv gestaltenden Entwicklungspolitik aufgegeben haben. Ein Beitritt zur Eurozone ist mit der stärker eigenständigen (rechten) Wirtschaftspolitik Polens und Ungarns nicht vereinbar. Speziell PiS (2014: 158) hat sich politisch klar für die Beibehaltung des Złoty positioniert. Aber auch der amtierende tschechische Premierminister, Andrej Babiš (2018: 10), hat sich jüngst eindeutig für die Beibehaltung der tschechischen Krone ausgesprochen. Gleichzeitig sind für die polnische Seite die Tendenz einer weiteren Verdichtung der Integration in der Eurozone und die damit verbundene Marginalisierung Polens in der EU äußerst problematisch (vgl. PiS 2014: 158; Szczerki 2017: 123). Diese Problematik gilt grundsätzlich für alle Länder außerhalb der Eurozone, doch wird Polen nach dem Brexit das größte Land dieser Gruppe sein. Die wichtigsten Regierungsparteien Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik stehen auch einer Übertragung weiterer Kompetenzen an die Kommission ablehnend gegenüber. Tendenziell sind sie eher für die Stärkung nationalstaatlicher Kompetenzen.

Vor diesem Hintergrund hat sich in Polen ein besonderes Interesse an der Visegrád-Gruppe entwickelt. Hatte die (national-)liberale Vorgängerregierung sich in der EU-Politik eng mit Deutschland abgestimmt, so orientierte sich die PiS-Regierung politisch zunächst – bis zum Brexit-Referendum – in Richtung Großbritannien um. Grundlage dieser Allianz waren nicht die ökonomischen Beziehungen – die sind mit Großbritannien eher begrenzt (Dwilewicz 2017: 143) – als die gemeinsame Position als nationalistisch-orientierte Regierungen eines Staates, der nicht der Eurozone angehört. Mit dem Verlust Großbritanniens als Bündnispartner gewann für Polen dann die Visegrád-Gruppe trotz der dargestellten Heterogenität als potenzieller politischer Partner an Relevanz (vgl. Buras 2017: 137ff.). Mit sehr beschränktem Erfolg hat die PiS-Regierung zudem eine „Drei-Meres-Initiative“ gestartet, welche die Zentral- und südosteuropäischen Länder verbinden soll (ebd.: 149ff.). Die EU-Politik der PiS-Regierung spiegelt durchaus ihr Bestreben ein etwas stärker eigenständiges Wirtschaftsmodell zu schaffen wider. Die Grenzen dieser Bestrebung werden allerdings sowohl in der EU- als auch Wirtschaftspolitik deutlich. Im Gegensatz zu Müller (2017: 130) würde ich der EU-Politik von PiS eine Kohärenz nicht absprechen.

Schlussfolgerungen

Die Visegrád-Länder formieren keinen kohärenten, dissidenten Block in der EU. Aufgrund ihrer untergeordneten engen Anbindung an den deutschen Ex-

portblock und die westeuropäischen Banken unterstützen die Visegrád-Staaten das Binnenmarktprojekt und die neomerkantilistisch grundierte deutsche Austeritätspolitik. Im Fall Ungarns und, deutlicher noch, Polens gibt es allerdings nationalkonservative Projekte, die auf die Stärkung des einheimischen Kapitals gerichtet sind. Dies impliziert außerhalb der Eurozone zu verbleiben, aber auch für eine Stärkung der Rolle der Nationalstaaten in der EU einzutreten. Speziell Polen will aber auch nicht als Nicht-Euro-Zonen-Land institutionell in der EU an den Rand gedrängt werden. Ähnlich wie im Fall Großbritanniens läuft eine zentrale Spannungslinie zwischen den Visegrád-Ländern – mit Ausnahme der Slowakei – und den Kerneuropa-Staaten entlang der Frage des Verhältnisses der Euro-Zone zu den anderen EU-Mitgliedern. Insgesamt sind die Positionierungen der Visegrád-Länder Teil eines Konfliktes über die künftige Gestalt des Integrationsprojektes EU, die ähnlich wie im Fall von Jugoslawien in den späten 1980er Jahre Symptome eines Desintegrationsprozesses sind (vgl. Becker 2017). Ähnlich wie im Fall Jugoslawiens sind das Verhältnis der Föderationsregierung bzw. der Kommission zu den Republiken/Mitgliedsstaaten und auch die Mittelverteilung zwischen Zentrum und Peripherie zentrale Konfliktgegenstände. In beiden Fällen hat eine „große“ Krise die zentrifugalen Tendenzen verstärkt. Hierbei sind die eigenständigeren rechten Positionierungen der Regierungen Polens und Ungarn nur eine Facette von Desintegrationstendenzen in der EU.

Literatur

- Babiš, Andrej (2018): Vystoupení z Evropské unie by byla velká katastrofa. In: *Hospodářské noviny*, 11.5.2018: 10.
- Baboš, Pavol/Világi, Aneta/Oravcová, Veronika (2016): *Spoločenské problémy, politické (ne)riešenia: Volby 2016*. Bratislava.
- Becker, Joachim (2004): EU-Verfassung: Zentrum gegen Peripherie? In: *Kurswechsel*, Nr. 1: 7-16.
- (2008): Der Drang nach Osten: Wirtschaftliche Interessen und geopolitische Strategien. In: *Kurswechsel*, Nr. 4: 5-29.
- (2014): Osteuropa in der Krise: ökonomische und politische Dynamiken. In: *WISO* 37(2): 30.
- (2015a): Der selektive Wirtschaftsnationalismus der Fidesz-Regierung. In: *Kurswechsel*, Nr. 3: 70-74.
- (2015b): Oligarchie – eine Form bürgerlicher Herrschaft. Das Beispiel osteuropäischer semiperipherer Kapitalismus. In: *PROKLA* 45(3): 409-431.
- (2017): In the Yugoslav Mirror: The EU Disintegration Crisis. In: *Globalizations* 14(6): 840-850.
- /Četković, Predrag (2015): Patterns of Financialisation in Southeast European and Visegrád Countries. In: Radošević, Dubravko/Cvijanović, Vladimir (Hg.): *Financialisation and Financial Crisis in South-Eastern European Countries*. Frankfurt/M.: 71-90.
- /Lesay, Ivan (2012): *Život na úver. Všetko, čo ste chceli vedieť o kríze*. Bratislava.
- Berend, Ivan T. (2009): *From the Soviet Bloc to the European Union. The Economic and Social Transformation of Central and Eastern Europe since 1973*. Cambridge.
- Bod, Péter Ákos (o.J.): Does V4 need euro zone? In: Przybylski, Wojciech u.a. (Hg.): *V4 – 25 Years. The Continuing Story of the Visegrád Group. 1991–2016*. Warschau: 66-67.

- Brodničková, Karlína/Rovenský, Jan (2018): Dohodnuto. Na řadě referendum. In: *Právo* 10(5): 1-2.
- Bucholc, Marta/Komornik, Maciej (2016): Die PiS und das Recht. Verfassungskrise und polnische Rechtskultur. In: *Osteuropa*, 66(1-2): 79-93.
- Buras, Piotr (2017): De-Europäisierung. Polens Kollisionskurs in der EU. In: Rostek, Andreas (Hg.): *Polska first. Über die polnische Krise*. Berlin: 131-163.
- Cabada, Ladislav/Walsch, Christopher (2017): *Od Dunajské federace k Visegrádské skupině ... a zpět? Tradiční a nové formáty středoevropské spolupráce*. Prag.
- Cardoso, Fernando H./Faletto, Enzo (1976): *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika*. Frankfurt/M.
- Deutsche Welle (2018): Visegrad-Staaten bekräftigen Gegnerschaft zu EU-„Imperium“. In: *dw.com*, 26.1.2018. URL: www.dw.com/de/visegrad/-staaten-bek%C3%A4ftigen-gegnerschaft-zu-eu-imperium/a-42323254, Zugriff: 12.5.2018.
- Drahokoupil, Jan (2007): From National Capitalisms to Foreign-Led Growth: The Moment of Convergence in Central and Eastern Europe. In: Becker, Joachim/Weissenbacher, Rudy (Hg.): *Dollarization, Euroization and Financial Instability. Central and Eastern European Countries between Stagnation and Financial Crisis?* Marburg: 87-108.
- (2009): *Globalization and the State in Central and Eastern Europe. The politics of foreign direct investment*. London-New York.
- Dwilewicz, Łukasz (2017): Procesy umiędzynarodowienia gospodarki polskiej po 1989 r. – wybrane aspekty. In: Jarosz-Nojszewska, Anna (Hg.): *Problemy gospodarcze Trzeciej Rzeczypospolitej*. Warschau: 133-161.
- Gdula, Maciej (2018): *Nowy autorytaryzm*. Warschau.
- Geist, Radovan (2016): Die Visegrád-Länder in der EU: ein abweichender Fall? In: *Kurswechsel*, Nr. 4: 53-62.
- (2017): Slovakia: Squaring the Visegrad Circle. In: Skrzypek, Ania/Skóra, Maria (Hg.): *The Future of the Visegrad Group*. Brüssel-Berlin: 23-27.
- (2018a): Janičiari, zapredanci, agenti? In: *Pravda* 26(5): 28-29.
- (2018b): Tajomná chýbajúca lavica v Karpatoch. In: *kápital*, Nr. 5: 14-15.
- Hunya, Gábor (2015): Mapping flows and patterns of foreign direct investment in central and eastern Europe, Greece and Portugal during the crisis. In: Galgóczi, Béla/Drahokoupil, Jan/Bernaciak, Magdalena (Hg.): *Foreign direct investment in eastern and southern Europe after 2008. Still a lever of growth?* Brüssel: 37-69.
- Hunya, Gábor (2016): *FDI in Central, East and Southeast Europe: Slump despite Global Upturn. wiiw FDI Report 2016*. Wien.
- Jelínek, Lukáš (2018): ANO mění, jen Babiš zůstava. In: *Právo*, 21(5): 6.
- Just, Petr (2018): *Pod Tatrou sa blýska. Strany, vlády a koalície na Slovensku v letech 2006 až 2016*. Prag.
- Klíma, Michal (2015): *Od totality k defektní demokracii. Privatizace a kolonizace politických stran netransparentním byznyssem*. Prag.
- Krzywdzinski, Martin (2014): How the EU's Eastern Enlargement Changed the German Productive Model. The Case of the Automotive Industry. In: *Revue de la régulation* 15(1). URL: <https://journals.openedition.org/regulation/10663>, Zugriff: 27.5.2018.
- Lauer, Kathrin (2018): Haftstrafen für Helfer. In: *Wiener Zeitung*, 30.5.2018: 4.
- Łon, Eryk (2018): *Patriotyzm gospodarczy*. Poznań.
- Magyar, Bálint (2018): *Węgry. Anatomia państwa mafijnego. Czy taka przyszłość czeka Polskę?* Warschau.
- Marušiak, Juraj (2013): Visegrad Group – an Unstable Periphery of the European Union? In: Marušiak, Juraj (Hg.): *Internal Cohesion of the Visegrad Group*. Bratislava: 122-159.

- Matišák, Andrej (2018): Pellegrini umístnil Slovensko na mape. In: *Pravda* 19(5): 2-3.
- Matolscy, György (2015): *Economic Balance and Growth. Consolidation and stabilisation in Hungary 2010–2014*. Budapest.
- Matyja, Rafał (2018): *Wyjście awaryjne. O zmianie wyobraźni politycznej*. Krakau.
- Medve-Bálint, Gergő (2015): Chnages below the surface? Regional patterns of foreign direct investment in post-crisis central and eastern Europe. In: Gálgóczi, Béla/Drahokoupil, Jan/Bernaciak, Magdalena (Hg.): *Foreign direct investment in eastern and southern Europe after 2008. Still a lever of growth?* Brüssel: 71-101.
- Ministerstwo Rozwoju (2016): *Strategia na rzecz Odpowiedzialnego Rozwoju – projekt do konsultacji społecznych. Projekt z dnia 29 lipca 2016 r.* Warschau.
- Morvay, Peter (2018): Proti Orbán je Babiš trochár. In: *Dennik N* 15(2): 11.
- Müller, Jan-Werner (2013): *Wo Europa endet. Ungarn, Brüssel und das Schicksal der Demokratie. Ein Essay*. Berlin.
- Müller, Klaus (2018): Polens illiberale Revolution. In: *PROKLA* 48(1): 115-135.
- Myant, Martin/Drahokoupil, Jan (2011): *Transition Economies: Political Economy in Russia, Eastern Europe, and Central Asia*. Hoboken.
- Národná banka Slovenska (2017): *Sprava o fináčnej stabilite k novembru 2017*. Bratislava.
- Neumann, László (i.E.): Die ungarischen Arbeitsbeziehungen seit 2010. In: Becker, Joachim (Hg.): *Neo-Nationalismus in der EU: sozio-ökonomische Programmatik und Praxis*. Wien.
- Orbán, Viktor (2016): Bist du gegen den Frieden? In: *Frankfurter Allgemeine*, 11.7.2016: 6.
- Piazolo, Daniel (1997): Trade Integration between Eastern and Western Europe: Policies to Follow the Market. In: *Journal of Economic Integration* 2(3): 259-297.
- PIŚ (2014): *Program Prawa i Sprawiedliwość 2014*. URL: <https://pis.org.pl/dokumenty>, Zugriff: 29.8.2017.
- Poplawski, Konrad (2016): *The Role of Central Europe in the German Economy. Political Consequences*. OSW Report. Warschau.
- Raiffeisen Research (2017): *CEE Banking Sector Report. June 2017*. Wien.
- Richter, Sándor (2012): *Changes in the Structure of Intra-Visegrad Trade after the Visegrad Countries Accession to the European Union*. wiiw Statistical Reports 5. Wien.
- Sass, Magdolna (2017): Is a live dog better than a dead lion? Seeking alternative growth engines in the Visegrad countries. In: Gálgóczi, Béla/Drahokoupil, Jan (Hg.): *Condemned to be left behind? Can Central and Eastern Europe emerge from its low-wage model?* Brüssel: 47-79.
- Špidla, V. (2018): Levice uspeje, když lidé začnou věřit v lepší budoucnost. In: *Listy*, 48(2): 9-10.
- Szczerski, Krzysztof (2017): *Utopia europejska. Kryzys integracji i polska inicjatywa naprawy*. Krakau.
- Szikra, Dorottya (2018): *Welfare for the Wealthy. The Social Policy of the Orbán-regime*. Friedrich Ebert Stiftung Budapest Analysis. Budapest. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/Budapest/14209.pdf>, Zugriff: 25.5.2018.
- Tóth, András (2014): Das Ende der Leidensgeschichte? Der Aufstieg des selektiven Wirtschafts-nationalismus in Ungarn. In: Lehndorff, Jochen (Hg.): *Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited. Zehn Länderstudien*. Hamburg: 209-226.
- Vachudova, Milada Anna (2005): *Europe Undivided. Democracy, Leverage and Integration After Communism*. Oxford-New York.
- Veselý, Zdeněk (2013): Historical of Mutual Relationships of Visegrad Members. In: Marušiak, Juraj (Hg.): *Internal Cohesion of the Visegrad Group*. Bratislava: 15-34.
- wiiw (2017): *Handbook of Statistics 2017. Central, East and Southeast Europe*. Wien.
- Zahrádil, Jan et al. (2001): Manifest českého eurorealismu. In: *OS* 5(12): 45-48.